



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Brigitte Pothmer
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Storm

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-0
FAX +49 30 18 527-1830
E-MAIL info@bmas.bund.de

Berlin, 15. August 2011

Schriftliche Frage im August 2011
Arbeitsnummer 8/78

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, *liebe Frau Pothmer,*

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Storm

Schriftliche Frage im August 2011

Arbeitsnummer 8/78

Frage Nr. 8/78:

Über welche Förderinstrumente will die Bundesregierung zukünftig gewährleisten, dass trotz der mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt geplanten Neuregelungen und den damit verbundenen Kürzungen die gute Arbeit der Jugendwerkstätten in Niedersachsen finanziell abgesichert und damit ohne Abstriche fortgesetzt werden kann, und welche Art der Förderung ist genau gemeint, wenn das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erklärt (siehe Neue Presse vom 29.7.2011): „Nach einer ersten Prüfung durch das Ministerium können die Jobcenter die Werkstätten auch nach der Neuregelung existenzsichernd fördern“?

Antwort:

Eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Förderung von Jugendwerkstätten gibt es im Arbeitsförderungsrecht und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht. Für Fördermaßnahmen in Jugendwerkstätten ist daher jeweils zu prüfen, ob und ggf. welches der Instrumente im Einzelfall zur individuellen beruflichen Eingliederung erwerbsfähiger leistungsberechtigter junger Menschen zur Verfügung steht.

Derzeit werden überwiegend Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16d Satz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) eingesetzt. Nach dem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt sollen Arbeitsgelegenheiten zukünftig auf die Förderung der Beschäftigung begrenzt werden. Die bisher zum Teil im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten mitgeförderten Maßnahmen zur Stabilisierung und Unterstützung zur Heranführung an den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt sollen künftig auf Basis der hierfür vorrangig vorgesehenen Instrumente, insbesondere über § 45 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III)-GE gefördert werden. Auf dieser Grundlage können auch künftig Maßnahmen zur Stabilisierung, Aktivierung und Qualifizierung in Jugendwerkstätten gefördert werden. Dabei ist zu beachten, dass sich die Träger im Falle einer Förderung im Rahmen von Maßnahmen der Aktivierung und beruflichen Eingliederung künftig als Maßnahmeträger zertifizieren lassen und sich an den Vergabe- und/oder Gutscheilverfahren beteiligen müssen.

In Betracht kommen kann auch eine finanzielle Beteiligung der Jobcenter durch eine Projektförderung im Rahmen der freien Förderung (§ 16f SGB II). Mit der Einführung von § 16f SGB II hat der Gesetzgeber im Bereich der Eingliederungsleistungen die Projektförderung als Finanzierungsart im Rahmen der Freien Förderung zugelassen. Diese Regelung gilt auch für die in Rede stehende Beteiligung an Jugendwerkstätten im Land Niedersachsen. Ob eine Projektför-

derung möglich ist, entscheidet das Jobcenter nach den Umständen des Einzelfalls, die das Jobcenter eigenverantwortlich würdigen muss.

Als Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung stehen für junge Menschen zur Vorbereitung der Aufnahme einer Berufsausbildung oder zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung zudem berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen sowie die Einstiegsqualifizierung zur Verfügung.

Die Entscheidung über die geeigneten Förderleistungen treffen die Jobcenter oder - soweit es um Leistungen der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen geht, die auch zugunsten erwerbsfähiger leistungsberechtigter Menschen ausschließlich im Arbeitsförderungsrecht nach dem SGB III gefördert werden - die Agenturen für Arbeit.